

Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen

N i e d e r s c h r i f t

Gremium: Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen - öffentlich

Sitzungstermin: Montag, 28.11.2011

Raum: Ratssaal des Rathauses

Sitzungsbeginn: 16:03 Uhr

Sitzungsende: 19:17 Uhr

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzender:

Bürgermeister:

Protokollführer:

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Herr Hans-Dieter Röben CDU

ordentliche Mitglieder

Herr Timo Kirchhoff CDU

Frau Susanne Lamers CDU

Herr 1. stv. BM Torsten Wilters CDU

Herr Rainer Zörgiebel FFR

Frau Evelyn Fisbeck FDP bis 19:11 Uhr

Herr Rüdiger Kramer SPD

Herr Lars Krause SPD

Herr Werner Skirde SPD für Monika Sager-Gertje

Frau Sabine Eyting B90/Grüne

Herr Gerd Langhorst B90/Grüne

Verwaltung

Herr Bürgermeister Dieter von Essen

Herr Hans-Hermann Ammermann

Herr Fritz Sundermann

Herr Ralf Kobbe Protokoll

Herr Jörg-Hendrik Kunze

Gäste

Herr Thomas Aufleger vom Planungsbüro NWP

Herr Olaf Mosebach vom Planungsbüro Diekmann & Mosebach

Herr Ascan Dieffenbach von der Nordwest Zeitung Rastede

Herr Uwe Harms von der Rasteder Rundschau

sowie 16 weitere Zuhörer

Entschuldigt fehlen:

ordentliche Mitglieder

Frau Monika Sager-Gertje SPD

VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 6. Änderung Bebauungsplan 23 - Hankhausen
Vorlage: 2011/189
- 4 52. Änderung des Flächennutzungsplanes - "Niedersächsische Akademie für Brand- und Katastrophenschutz (NABK) - Standort Loy"
Vorlage: 2011/187
- 5 Bebauungsplan Nr. 94 - Nds. Akademie für Brand- und Katastrophenschutz (NABK) - Standort Loy
Vorlage: 2011/188
- 6 53. F-Planänderung - Nördlich Kleibroker Straße
Vorlage: 2011/192
- 7 Aufstellung Bebauungsplan 95 - Kleibrok "Zum Zollhaus - Erweiterung"
Vorlage: 2011/193
- 8 Verbesserung der Entsorgungsmöglichkeit von Hundekot; Antrag der FDP-Fraktion
Vorlage: 2010/161A
- 9 Bepflanzungs- u. Pflegekonzept für Rasteder Grünanlagen; Antrag der UWG-Fraktion
Vorlage: 2011/183
- 10 Erhalt und Bepflanzung Brunnen Marktplatz Rastede; Antrag der UWG-Fraktion
Vorlage: 2011/195
- 11 Einrichtung einer dauerhaften Zuwegung zum Gleis 2 und 3 vom Bahnübergang Schloßstraße; Antrag SPD-Fraktion
Vorlage: 2011/184
- 12 Farbgebung der Lärmschutzwände an der Bahnstrecke in Rastede
Vorlage: 2011/197
- 13 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2012
Vorlage: 2011/190
- 14 Schließung der Sitzung

Tagesordnungspunkt 1

Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Röben eröffnet die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt, Straßen um 16:03 Uhr.

Bürgermeister von Essen bemerkt, dass das Ratsmitglied Rainer Zörgiebel bei der Pflichtenbelehrung gemäß § 54 Abs. 3 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes im Rahmen der konstituierenden Ratssitzung ortsabwesend war und dies noch nachzuholen ist. Er verpflichtet anschließend Ratsmitglied Zörgiebel durch Handschlag. Herr Zörgiebel gibt eine unterzeichnete Ausfertigung der zuvor überreichten Pflichtenbelehrung zurück.

Tagesordnungspunkt 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Herr Röben stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Anwesend sind elf stimmberechtigte Mitglieder.

Der Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt, Straßen beschließt:

Die Tagesordnung wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 3

6. Änderung Bebauungsplan 23 - Hankhausen
Vorlage: 2011/189

Sitzungsverlauf:

Herr Aufleger vom Planungsbüro Nordwest Plan erläutert eingangs, dass die erneute Behandlung des Bebauungsplanes 23 erforderlich ist, da sich zwischenzeitlich herausgestellt hat, dass die ursprünglich vorgesehenen 27 Pkw-Stellplätze für die eingetretene Nutzung des ehemaligen Klinik-Gebäudes nicht ausreichen und somit im Rahmen der aktuellen Planung 19 zusätzliche Parkplätze auf dem Grundstück nachgewiesen werden müssen.

Frau Lamers zeigt sich erfreut darüber, dass die 19 zusätzlichen Parkplätze auf dem Areal der AWO entstehen können und die Anwohner auf diesem Wege entlastet werden.

Herr Kramer signalisiert Zustimmung und begrüßt ebenfalls, dass im Rahmen der vorgesehenen Beordnung Rücksicht auf die Anlieger genommen wird.

Herr Langhorst schließt sich seinen Vorrednern an und ergänzt, dass bei der Planung erfreulicherweise auch der Umgebungsschutz für das alte Bauernhaus des Heimatvereins berücksichtigt wurde.

Auf Nachfrage von Herrn Langhorst erläutert Herr Aufleger, dass auf Grundlage der vorgesehenen Festsetzungen keine weiteren Stellplätze auf dem Grundstück geschaffen werden können.

Beschlussempfehlung:

1. Der Entwurf zur 6. Änderung des Bebauungsplanes 23 – Hankhausen wird beschlossen.
2. Die Öffentlichkeitsbeteiligung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird gemäß § 13a Absatz 2 und 3 Satz 1 im Vereinfachten Verfahren durchgeführt.
3. Von einer Umweltverträglichkeitsprüfung wird gemäß § 13 Abs. 3 BauGB abgesehen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 4

52. Änderung des Flächennutzungsplanes - "Niedersächsische Akademie für Brand- und Katastrophenschutz (NABK) - Standort Loy"

Vorlage: 2011/187

Sitzungsverlauf:

Herr Röben regt an, die Tagesordnungspunkte 4 und 5 gemeinsam zu beraten und im Anschluss separat über die jeweiligen Punkte abzustimmen.

Seitens der Ausschussmitglieder bestehen diesbezüglich keine Bedenken.

Im Anschluss erläutert Herr Mosebach vom Planungsbüro Diekmann & Mosebach, dass die Untere Waldbehörde des Landkreises Ammerland eingefordert hat, die vorhandene Waldfläche im Plangebiet entsprechend nachrichtlich zu kennzeichnen. Da diese Änderung die Grundzüge der Planung berührt, ist eine erneute Auslegung durchzuführen.

Frau Lamers und Herr Kramer betonen, dass sich grundsätzlich an der Planung nichts geändert hat, sodass dem F-Plan und dem B-Plan nach wie vor voll zugestimmt werden kann.

Frau Eyting signalisiert ebenfalls Zustimmung, hinterfragt jedoch, warum die Waldkompensation in der Gemeinde Jade vorgenommen wird.

Herr Kunze führt aus, dass derzeit kaum geeignete Flächen im Gemeindegebiet zur Verfügung stehen, sodass ausnahmsweise Kompensationsflächen in der Gemeinde Jade ausgewählt wurden.

Beschlussempfehlung:

1. Der Entwurf zur 52. Änderung des Flächennutzungsplanes "Nds. Akademie für Brand- und Katastrophenschutz (NABK) - Standort Loy nebst Begründung und Umweltbericht wird beschlossen.
2. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 3 Abs.2 BauGB in Verbindung mit § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 29.11.2011 berücksichtigt.
3. Dem Entwurf zur 52. Änderung des Flächennutzungsplanes "Nds. Akademie für Brand- und Katastrophenschutz (NABK) - Standort Loy nebst Umweltbericht wird zugestimmt.
4. Die erneute öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird gemäß § 4 a Abs. 3 BauGB durchgeführt.
5. Der Auslegungszeitraum wird gem. § 4 A Abs. 3 Satz 3 BauGB auf zwei Wochen verkürzt und Stellungnahmen können nur zu den geänderten oder ergänzten Teilen des Bebauungsplanes abgegeben werden (vgl. §4 a Abs.3 Satz 2 BauGB).

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 5

Bebauungsplan Nr. 94 - Nds. Akademie für Brand- und Katastrophenschutz (NABK) - Standort Loy
Vorlage: 2011/188

Sitzungsverlauf:

Es erfolgt keine weitere Aussprache.

Beschlussempfehlung:

1. Der Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 94 - Nds. Akademie für Brand- und Katastrophenschutz (NABK) - Standort Loy nebst Begründung und Umweltbericht wird beschlossen.
2. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 3 Abs.2 BauGB in Verbindung mit § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 29.11.2011 berücksichtigt.
3. Dem Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 94 - Nds. Akademie für Brand- und Katastrophenschutz (NABK) - Standort Loy nebst Begründung und Umweltbericht wird zugestimmt.
4. Die erneute öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird gemäß § 4 a Abs. 3 BauGB durchgeführt.
5. Der Auslegungszeitraum wird gem. § 4 A Abs. 3 Satz 3 BauGB auf zwei Wochen verkürzt und Stellungnahmen können nur zu den geänderten oder ergänzten Teilen des Bebauungsplanes abgegeben werden (vgl. §4 a Abs.3 Satz 2 BauGB).

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 6

**53. F-Planänderung - Nördlich Kleibroker Straße
Vorlage: 2011/192**

Sitzungsverlauf:

Herr Röben regt an, die Tagesordnungspunkte 6 und 7 gemeinsam zu beraten und im Anschluss separat über die jeweiligen Punkte abzustimmen.

Seitens der Ausschussmitglieder bestehen diesbezüglich keine Bedenken.

Im Anschluss erläutert Herr Mosebach vom Planungsbüro Diekmann & Mosebach anhand einer Power-Point-Präsentation, die der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt ist, die Grundzüge der Planung sowie die vorgesehenen Änderungen im F-Plan und B-Plan. Er weist ergänzend darauf hin, dass der Investor den möglichen Bauteppich rund zehn Meter in Richtung Kleibroker Straße verschieben möchte, um bei der weiteren Planung flexibler vorgehen zu können.

Auf Nachfrage von Herrn Kramer erklärt Herr Mosebach, dass sich durch die Verschiebung des Bauteppichs die Parkplatzsituation nicht verändert und die erforderlichen Stellplätze wie vorgesehen realisiert werden.

Herr Wilters und Herr Kramer unterstützen die vorgestellte Planung und begrüßen, dass ein ortsansässiger Hotelier und alteingesessener Gastronom expandieren möchte.

Herr Langhorst schließt sich den Ausführungen vom Grundsatz her an, gibt aber zu bedenken, dass der Logemanns Damm künftig den Betriebskomplex durchschneidet, sodass auch vor dem Hintergrund der kurvenreichen Kleibroker Straße eine weitsichtigere Überplanung wünschenswert sei. Er regt in diesem Zusammenhang an, zu überprüfen, ob und inwieweit eine Verlegung der Gemeindestraße Logemanns Damm möglich ist.

Bürgermeister von Essen weist darauf hin, dass die verkehrliche Situation auf dem Logemanns Damm keineswegs problematisch ist, sodass das Überqueren der Straße für die Gäste des Hotels keine Gefahr darstellt. Im Übrigen ist eine weitere Grundstücksverfügbarkeit nicht gegeben.

Herr Henkel ergänzt, dass die Kosten für eine mögliche Verlegung mindestens im sechsstelligen Eurobereich liegen und der Investor wohl nicht bereit sein wird, diese zusätzliche finanzielle Belastung zu tragen. Gleichwohl unterbreitet er den Kompromiss, den Sachverhalt bis zur öffentlichen Auslegung noch einmal mit dem Investor zu erörtern.

Herr Skirde bemerkt, dass eine grundsätzliche Betrachtung der Flächen hinsichtlich einer möglichen Bebauung bis zum Zollhaus Kleibrok angestrebt werden sollte, wobei in diesem Zusammenhang auch die Fragen nach der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf der Kreisstraße und der Verlegung des Ortseingangsschildes zu klären sind.

Herr Henkel erwidert, dass der Grundstückseigentümer mit entsprechendem Nachdruck zum Ausdruck gebracht hat, dass ein weiterer Verkauf von Flächen nicht in Frage kommt, sodass eine weitere Überplanung auch mittelfristig nicht möglich ist.

Beschlussempfehlung:

1. Der Vorentwurf zur 53. Änderung des Flächennutzungsplanes (53. Änderung des Flächennutzungsplanes "Nördlich Kleibroker Straße") wird beschlossen.
2. Auf dieser Grundlage wird die frühzeitige Bürgerbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) in Form einer einmonatigen Auslegung sowie die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, Gespräche mit dem Investor hinsichtlich einer möglichen Verlegung der Gemeindestraße Logemanns Damm zu führen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 7

Aufstellung Bebauungsplan 95 - Kleibrok "Zum Zollhaus - Erweiterung"
Vorlage: 2011/193

Sitzungsverlauf:

Es erfolgt keine weitere Aussprache.

Beschlussempfehlung:

1. Der Vorentwurf zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 95 – Kleibrok „Zum Zollhaus“ wird beschlossen.
2. Auf dieser Grundlage wird die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Form einer einmonatigen Auslegung sowie die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 8

**Verbesserung der Entsorgungsmöglichkeit von Hundekot; Antrag der FDP-Fraktion
Vorlage: 2010/161A**

Sitzungsverlauf:

Frau Fisbeck bemerkt, dass zahlreiche Umlandgemeinden mittlerweile erfolgreich Hundekotstationen eingerichtet beziehungsweise vorhandene Stationen ergänzt haben. Sie unterbreitet daraufhin den Antrag, in der Gemeinde Rastede zunächst versuchsweise für ein Jahr jeweils eine Hundekotstation am Kögel-Willms-Platz, im Eingangsbereich zum Turnierplatz an der Mühlenstraße sowie am Zugang zum Turnierplatz bei der St.-Ulrichs-Kirche (Friedhofsweg) aufzustellen und obendrein die beiden Hundekotstationen im Eingangsbereich zum Turnierplatz mit dem Hinweis zu versehen, dass die Hunde im Schlosspark anzuleinen sind.

Herr Kramer unterstützt den Vorschlag ausdrücklich und ergänzt, dass möglicherweise eine vierte Hundekotstation am Parkplatz Hirschtor sinnvoll wäre.

Frau Eyting gibt zu verstehen, dass gerade beim Ortstermin auf dem Kögel-Willms-Platz deutlich geworden ist, dass keine Notwendigkeit für eine Hundekotstation besteht, sodass die Frage zu stellen ist, ob eine derartige Investition überhaupt sinnvoll ist. Sie bemerkt, dass eine Hundekotstation den Hundebesitzern auch signalisieren könnte, dass ihr Vierbeiner auf dem Platz besonders willkommen ist.

Herr Wilters spricht sich dafür aus, den Versuch mit der Installation von drei Stationen zunächst für ein Jahr vorzunehmen, und dann zu überprüfen, ob und inwieweit die Stationen benötigt werden.

Herr Langhorst weist darauf hin, dass die Hundehalter inzwischen ausreichend sensibilisiert sind und mit dem Antrag lediglich versucht wird, ein Problem zu lösen, das gar nicht vorhanden ist. Im Übrigen werden neben den Kosten für die Installation der Stationen auch nicht unerhebliche Folgekosten erzeugt, die auf den Tisch zu legen und bei der Entscheidung zu berücksichtigen sind.

Herr Krause und Frau Lamers plädieren dafür, eine einjährige Testphase vorzunehmen und anschließend zu überprüfen, ob sich die Stationen bewährt haben. Sie sprechen sich zudem dafür aus, bei einem Misslingen des Versuches auch entsprechende Konsequenzen zu ziehen.

Sodass lässt der Ausschussvorsitzende Herr Röben über den Antrag von Frau Fisbeck abstimmen.

Beschlussempfehlung:

Die Gemeinde Rastede stellt versuchsweise für ein Jahr jeweils eine Hundekotstation am Kögel-Willms-Platz, im Eingangsbereich zum Turnierplatz an der Mühlenstraße sowie am Zugang zum Turnierplatz bei der St.-Ulrichs-Kirche (Friedhofsweg) auf.

Die beiden Hundekotstationen im Eingangsbereich zum Turnierplatz sind mit dem Hinweis zu versehen, dass die Hunde im Schlosspark anzuleinen sind.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	2
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 9

**Bepflanzungs- u. Pflegekonzept für Rasteder Grünanlagen; Antrag der UWG-Fraktion
Vorlage: 2011/183**

Sitzungsverlauf:

Herr Zörgiebel weist darauf hin, dass die Pflanzbeete im Gemeindegebiet nicht gerade schön aussehen und für einen Residenzort unwürdig sind. Aus diesem Grund ist es aus seiner Sicht erforderlich, ein umfassendes Bepflanzungs- und Pflegekonzept erstellen zu lassen, damit die Beete über das Jahr hinweg ordentlich und gepflegt aussehen.

Herr Kramer unterstützt den Antrag und legt ergänzend dar, dass zunächst einmal ein aussagekräftiges Bepflanzungskonzept erstellt werden muss, bevor über die künftige Pflege gesprochen werden kann. Darüber hinaus sollte man dabei mittelfristig auch die Außenbereiche nicht aus den Augen verlieren.

Frau Fisbeck bemerkt, dass der aktuelle Zustand nicht befriedigend ist und insbesondere die Oldenburger Straße stärker in den Fokus rücken muss. Sie unterbreitet den Vorschlag analog zu einigen Umlandgemeinden, Blumenampeln mit blühenden Pflanzen entlang der Oldenburger Straße an den Laternen aufzuhängen, womit gleichzeitig auch die Möglichkeit der Zerstörung minimiert würde.

Herr Langhorst erläutert, dass jetzt keine Details erörtert werden sollten, sondern hinsichtlich eines Bepflanzungs- und Pflegekonzeptes zunächst grundlegende Überlegungen beginnend mit einer Bestandsaufnahme erforderlich sind, die anschließend in einem aussagekräftigen und umfassenden Konzept münden müssten.

Frau Lamers schließt sich den Ausführungen von Herrn Langhorst und Herrn Kramer an, betont jedoch, dass im Bereich der Oldenburger Straße auch die Parkbuchten im Rahmen eines langfristigen Konzeptes überarbeitet werden müssten, bevor umfangreiche Neuanpflanzungen vorgenommen werden.

Herr Henkel legt dar, dass sich die Politik bei der Beauftragung eines allumfassenden Bepflanzungs- und Pflegekonzeptes darüber im Klaren sein muss, welche Situation sie erzeugt und welche finanziellen Auswirkungen dies hat. Er unterbreitet auf Grundlage der bisherigen Beratung den Vorschlag, die Verwaltung zunächst damit zu beauftragen, unter besonderer Berücksichtigung der finanziellen Situation ein Bepflanzungskonzept mit sich anschließendem Pflegekonzept für die wesentlichen Straßenzüge im Hauptort Rastede zu erstellen.

Herr Krause vermutet hinsichtlich der aktuellen Pflegesituation, dass die Pflegegänge nicht ordnungsgemäß durchgeführt werden. Er bitte die Verwaltung künftig die Arbeiten zu kontrollieren und abzunehmen. Darüber hinaus fordert er ebenso wie Frau Lamers, dass vor einer Neubepflanzung der Oldenburger Straße einige Parkbuchten baulich überarbeitet werden.

Herr Ammermann weist darauf hin, dass die beschriebenen zehn Pflegegänge entlang der Oldenburger Straße erst ab 2012 vorgenommen werden. Darüber hinaus wird aber schon seit Jahren jeder Pflegegang kontrolliert und abgenommen.

Herr Zörgiebel plädiert dafür, sich zunächst von Fachleuten aufzeigen zu lassen, wie ein vernünftiges Bepflanzungskonzept aussehen kann und erst anschließend ein passendes Pflegekonzept zu erarbeiten.

Sodann lässt der Ausschussvorsitzende Herr Röben über den Vorschlag von Herrn Henkel abstimmen.

Beschlussempfehlung:

Die Verwaltung wird beauftragt, unter besonderer Berücksichtigung der finanziellen Situation ein Bepflanzungskonzept mit sich anschließendem Pflegekonzept für die wesentlichen Straßenzüge im Hauptort Rastede zu erstellen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 10

**Erhalt und Bepflanzung Brunnen Marktplatz Rastede; Antrag der UWG-Fraktion
Vorlage: 2011/195**

Sitzungsverlauf:

Herr Zörgiebel macht deutlich, dass bei der soeben stattgefundenen Begehung des Marktplatzes übereinstimmend festgestellt wurde, dass ein vernünftiges Konzept für das gesamte Areal inklusive Pavillon erforderlich ist.

Herr Kramer und Herr Langhorst sprechen sich ebenfalls für die Erstellung einer Gesamtkonzeption aus, die anschließend mittelfristig in Abschnitten umgesetzt werden könnte.

Herr Wilters schließt sich den Ausführungen der Vorredner an, ergänzt jedoch, dass bei den konzeptionellen Überlegungen auch das Thema „Markthalle“ berücksichtigt werden müsste.

Bürgermeister von Essen weist noch einmal auf die aktuelle Haushaltslage hin und macht darauf aufmerksam, dass frühestens 2013 ein derart umfangreicher Planungsauftrag realisiert und vor allem finanziert werden kann.

Beschlussempfehlung:

Die Erstellung eines Gesamtkonzeptes „Marktplatz“ erfolgt unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit ab dem Haushaltjahr 2013.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 11

**Einrichtung einer dauerhaften Zuwegung zum Gleis 2 und 3 vom Bahnübergang Schloßstraße; Antrag SPD-Fraktion
Vorlage: 2011/184**

Sitzungsverlauf:

Herr Krause erläutert eingangs noch einmal seinen Antrag und betont ergänzend, dass versucht werden muss, den derzeit provisorischen barrierefreien Zugang zum Gleis 2 und 3 dauerhaft zu sichern.

Herr Ammermann macht deutlich, dass der seit Jahren eingeforderte barrierefreie Zugang über die Ladestraße/Bahnhofstraße bei der Antragstellung beziehungsweise dem Schriftverkehr mit der Deutschen Bahn AG nicht aus den Augen verloren werden sollte.

Herr Langhorst betont, dass neben der Zuwegung über die Schloßstraße ein barrierefreier Zugang über die Ladestraße mithilfe eines Fahrstuhls oberste Priorität haben muss.

Herr Langhorst erkundigt sich, ob bestimmte Ein- und Ausstiegszahlen erforderlich sind, um einen barrierefreien Zugang einfordern zu können.

Herr Ammermann bemerkt, dass Rasteder Bahnhof im Ammerland die meisten Ein- und Ausstiege hat und nach wie vor nicht mit einem Fahrstuhl ausgerüstet ist, während der Bahnhof in Bad Zwischenahn bereits vor einigen Jahren barrierefrei hergerichtet wurde.

Frau Lamers gibt zu verstehen, dass es richtig ist, ein politisches Signal in Richtung Bahn zu setzen, um noch einmal auch auf diesem Wege mit Nachdruck einen barrierefreien Zugang über die Ladestraße einzufordern.

Auf Nachfrage von Herrn Skirde hinsichtlich der früher von der Deutschen Bahn AG angesprochenen Gefährdung und Haftung beim Zugang zum Gleis 2 und 3 über die Schloßstraße legt Herr Henkel dar, dass durch die Bauarbeiten derzeit deutlich weniger Züge verkehren und die Haftung auch bei dem eingerichteten Provisorium ausschließlich bei der Deutschen Bahn AG liegt.

Beschlussempfehlung:

Die Deutsche Bahn AG wird aufgefordert, eine dauerhafte Zuwegung zum Gleis 2 und 3 vom Bahnübergang Schloßstraße einzurichten.

Die Deutsche Bahn AG wird aufgefordert, die Planung und Umsetzung eines barrierefreien Zugangs zu den Gleisen 2 und 3 über die Ladestraße/Bahnhofstraße sowie die barrierefreie Umgestaltung der Bahnsteiganlage an den Gleisen 2 und 3 zu forcieren.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 12

Farbgebung der Lärmschutzwände an der Bahnstrecke in Rastede
Vorlage: 2011/197

Sitzungsverlauf:

Herr Ammermann stellt eingangs noch einmal die der Vorlage als Anlage beigefügten Farbbeispiele vor und führt ergänzend aus, dass sich in Hahn-Lehmden die maßgeblichen Anlieger, die über rund 70 Prozent der Flächen an der Bahnstrecke verfügen, als Farbton für die Lärmschutzwand in diesem Bereich die Farbe „olivgrün“ wünschen. Hinsichtlich der von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gewünschten Bepflanzungsmöglichkeiten entlang der Lärmschutzwände berichtet er, dass die Deutsche Bahn AG auf Nachfrage mitgeteilt hat, dass bis auf dem Abschnitt zwischen Buschweg und Raiffeisenstraße, wofür die Produktion der Lärmschutzwände schon angelaufen ist, das Anbringen von Vorrichtungen für Ranghilfen noch möglich ist. Dessen ungeachtet ist allerdings eine Bepflanzung vor den Lärmschutzwänden im Bereich zwischen Buschweg und Raiffeisenstraße auf den überwiegend gemeindeeigenen Grundstücken möglich.

Herr Zörgiebel bedauert ebenso wie einige andere Ausschussmitglieder, dass aufgrund des engen Zeitrahmens keine Bürgerbeteiligung stattfinden kann. Er bittet jedoch darum, zumindest in Hahn-Lehmden noch einmal die übrigen Grundstückseigentümer hinsichtlich der Farbauswahl zu befragen.

Herr Kramer gibt zu verstehen, dass die Farbauswahl soweit in Ordnung ist, wobei allerdings sicher zu stellen ist, dass in Hahn-Lehmden ein einheitliches Bild erzeugt wird.

Herr Langhorst erläutert, dass er die E-Mail mit den Bepflanzungsvorschlägen vorab an alle Ausschussmitglieder versendet hat, um einen möglichst frühzeitigen Austausch der Informationen zu ermöglichen und gleichzeitig auch ins Gespräch zu kommen. Er spricht sich dafür aus, den Anliegern im Bereich ihres Grundstückes die Möglichkeit zu geben, die teilweise doch sehr hohen Lärmschutzwände mit Pflanzen zu begrünen.

Seitens der übrigen Ausschussmitglieder wird der elektronische Informationsaustausch durchaus begrüßt. Es wird zudem vom Ausschuss befürwortet, den Anliegern die Möglichkeit einer Bepflanzung der Lärmschutzwände zu ermöglichen.

Herr Langhorst erkundigt sich, ob es möglich ist, die für den Bahnhofsbereich vorgesehenen transparenten Elemente auch im übrigen Bereich der Ladestraße zu verwenden.

Herr Ammermann betont, dass die transparenten Elemente keine absorbierende Wirkung haben, sodass diese nicht in unmittelbarer Nähe einer Straße verwendet werden können.

Auf Nachfrage von Herrn Krause erläutert Herr Ammermann, dass ein Abschrägen der Lärmschutzwände im Bereich der Ladestraße nicht möglich ist, da bei dieser Bauweise der angestrebte Lärmschutz aufgrund des zweigleisigen Ausbaus nicht mehr erreicht werden kann.

Frau Lamers schlägt vor, die Farbgebung der Lärmschutzwände wie vorgestellt auf den Weg zu bringen und nach Fertigstellung der Lärmschutzwände seitens der Gemeinde eine Begrünung auf den öffentlichen Flächen vorzunehmen. Allerdings sollte zwecks der Farbauswahl in

Hahn-Lehmden noch einmal ein abschließendes Gespräch mit den bislang noch nicht beteiligten Anliegern geführt werden.

Frau Eyting spricht sich grundsätzlich ebenfalls für die getroffene Farbauswahl aus, hinterfragt jedoch, ob als optische Aufwertung im Bereich des Bahnhofes auch eine andere Farbauswahl oder gegebenenfalls auch Holzwände möglich sind.

Herr Ammermann legt dar, dass die Bahn bei der Materialauswahl keine Alternativen zulässt. Im Hinblick auf die Farbgestaltung der Lärmschutzwände in Hahn-Lehmden schlägt er vor, dass sofern von den übrigen Anliegern bis zum Jahresende kein Widerspruch kommt, die Farbauswahl wie vorgestellt erfolgt.

Frau Fisbeck macht deutlich, dass eine Auflockerung der Lärmschutzwand im Bereich des Bahnhofes bereits durch die transparenten Elemente erfolgt ist und die Grüntöne einheitlich durchgezogen werden sollten. Vor dem Hintergrund des hohen Informationsbedürfnisses der Rasteder Bevölkerung bittet sie die Verwaltung, die Bürgerinnen und Bürger über die Beschlüsse ausführlich zu informieren.

Herr Langhorst unterbreitet den Vorschlag, einige Flächen beispielsweise im Bereich des Bahnhofes oder an der Schule gegebenenfalls für Kunstprojekte vorzuhalten.

Herr Henkel bemerkt, dass man sich zum jetzigen Zeitpunkt auf die favorisierte Farbgebung konzentrieren, und mögliche Kunstprojekte oder eine andere Farbauswahl für den Bereich rund um den Bahnhof zunächst nicht weiter verfolgen sollte.

Beschlussempfehlung:

Die Farbgestaltung der Lärmschutzwände entlang der Bahnstrecke Oldenburg – Wilhelmshaven im Bereich der Gemeinde Rastede (außer der Ortschaft Hahn-Lehmden) erfolgt entsprechend dem Beispiel „Achim“ in abgestimmten Grüntönen.

Sofern bis zum Jahresende von den direkten Anliegern keine wesentlichen Änderungsvorschläge kommen, werden die Lärmschutzwände entlang der Bahnstrecke Oldenburg – Wilhelmshaven im Bereich der Ortschaft Hahn-Lehmden den Farbton „olivgrün“ (RAL 6003) erhalten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 13

Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2012

Vorlage: 2011/190

Sitzungsverlauf:

Herr Ammermann stellt zu Beginn der Beratung die Plandaten für den Teilhaushalt 6 vor, der unter anderem die für den Fachausschuss relevanten Bereiche Straßen, Kanalbau, Natur- und Landschaftsschutz, Planung und Beiträge abdeckt.

Frau Fisbeck nimmt an der weiteren Beratung nicht teil und verlässt den Sitzungssaal.

Bürgermeister von Essen weist darauf hin, dass bei der Haushaltsplanung bislang die vom Landkreis Ammerland angestrebte Erhöhung der Kreisumlage um 1,5 Prozentpunkte nicht berücksichtigt ist, sodass noch Einsparungen in Höhe von rund 250.000 Euro erforderlich sind, um den Haushalt ausgleichen zu können.

Im weiteren Verlauf der Haushaltsberatung gehen die Mitglieder des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt, Straßen einzelne Positionen durch. Es werden Verständnisfragen gestellt und geklärt.

Nachfolgend genannte Themenbereiche werden näher erörtert:

Klavier im Kindergarten Mühlenstraße

Herr Krause erkundigt sich hinsichtlich der vorgesehenen Neuanschaffung eines Klaviers im Kindergarten an der Mühlenstraße, ob dort bereits in der Vergangenheit ein Klavier zum Einsatz kam.

Herr Henkel weist darauf hin, dass die Verwaltung die Thematik im Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss aufgreifen wird.

Beschaffung eines Rasenmähers an der KGS Feldbreite

Auf Nachfrage von Herrn Krause erläutert Herr Henkel, dass nicht die Schule, sondern der Hausmeister am Schulstandort Feldbreite einen neuen Rasenmäher zum Mähen der umliegenden Grünflächen benötigt.

Sanierung Sauna

Herr Krause hinterfragt, welche baulichen Maßnahmen im Bereich der Sauna für rund 84.000 Euro vorgesehen sind.

Herr Henkel legt dar, dass die Thematik in einer separaten Vorlage zunächst noch im Kultur- und Sportausschuss eingehend erörtert werden muss, bevor feststeht, welchen Maßnahmen umgesetzt werden. Bei der veranschlagten Summe im Investitionsplan handelt es sich um die geschätzten Planungskosten.

Beschlussempfehlung:

Dem Haushaltsplanentwurf wird unter Berücksichtigung der Beratung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt, Straßen zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 14

Schließung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Röben schließt die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt, Straßen um 19:17 Uhr.